



Föderalismus – einen oder spalten?



Lothar Hölzgen

Wer spaltet, dient nicht dem föderalen Gedanken und trägt nicht zum Einen eines politischen und sozialen, höheren Ganzen bei.

Die Interpretation von Föderalismus liest sich leicht und ist für jedermann verständlich dargestellt.

Wesentliche Elemente des Föderalismus sind die Betonung der Eigenständigkeit von Einzelverbänden (z. B. Gemeinden) und sind ein Mittel der bündischen Einigung politischer und sozialer Teile eines Staates zu einem „höheren Ganzen“.

Es dient der Zusammenfassung (Integration), nicht der Entzweiung.

Mit der neuen, föderalen Bewegung werden die Länder in die Pflicht genommen, in ihren eigenen staatlichen Strukturen diesen Leitgedanken zu leben. Chance und Verpflichtung verbergen sich gleichermaßen hinter den neuen Strukturen.

Wir haben die Chancen erkannt!

Die Gewerkschaft der Polizei hat an der Entwicklung bei der Föderalismusreform maßgeblich mitgewirkt und wird in den kommenden Monaten und Jahren kraftvoll für eine positive Entwicklung hier in Hessen kämpfen und streiten.

Wir wollen einen, nicht spalten!

Kämpfen für soziale Gerechtigkeit ist in unserem Land keine Frage von „Krieg oder Frieden“; es bedeutet aus unserer Sicht die Verpflichtung, sich rückhaltlos für unsere Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Qualifizierte Beteiligung an der Entwicklung hat Innenminister Volker Bouffier der GdP versprochen. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir in konkrete Gespräche mit der hessischen Landesregierung einsteigen und bereits im

März bei einer ersten Arbeitstagung die Ernsthaftigkeit dieser Aussage einer Prüfung unterziehen.

Gleiche Arbeitszeit, gerechte Entlohnung!

Abweichend vom föderalen Gedanken hat die hessische Landesregierung einen guten Start in eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung unseres Landes verpasst. Die Spaltung zwischen Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten ist erfolgt und wird derzeit kompromisslos gegeneinander ausgespielt.

In der Frage der Wochenarbeitszeitgestaltung werden sich weder die Gewerkschaften noch die Beschäftigten bei der Polizei auseinanderdividieren lassen.

15 Länder sind beispielhaft in die Gestaltung der neuen föderalen Strukturen eingestiegen, haben gemeinsam einen Kompromiss gesucht und zu einem tragfähigen Abschluss gefunden.

Spielraum für die eigenen, länderspezifischen Probleme ist genutzt worden, aber eine Spaltung ist mit gewerkschaftlicher Überzeugungskraft und politischem Willen verhindert worden.

Bereits 2007 beginnen Vorbereitungen struktureller Veränderungen!

Ohne die Erfahrungen der letzten Jahre, die einen partnerschaftlichen Umgang mit der hessischen Landesregierung einseitig ausgeschlossen hat, müssten wir heute die Aussage von Innenminister Bouffier nicht als Damoklesschwert bezeichnen.

„Bis 2008 bleibt es so, danach wird der Landtag neu zusammengesetzt und dann wird neu entschieden. Und nach allem, was ich sehe, wird das System der Altersversorgungen sowohl im Bereich der Beamten, als auch der Angestellten nicht so bleiben – auf Dauer – wie das heute ist.“

Nicht nur Altersversorgung und Lebensarbeitszeit, auch die Frage der Gleichbehandlung von Tarifbeschäftigten, Beamtinnen und Beamten, der Frage nach einer veränderten Besoldungsstruktur, dem hessischen Beihilfewesen und die Prüfung, ob dezentrale Einstellungen bestehende Probleme lösen können, werden das Gesicht der hessischen Polizei verändern.

Mit dem Leitgedanken einer gesunden föderalen Entwicklung wird die GdP Hessen qualifiziert diskutieren, streiten und eigene Konzepte vorstellen – mit dem Ziel zu einen!

Lothar Hölzgen
(stv. Landesvorsitzender)



- **Einführung der 42-Stunden-Woche**
- **Kürzung des Weihnachtsgeldes**
- **Streichung des Urlaubsgeldes**

Wird die Bereitschaftspolizei personell ausgekehrt?

Seit November 2006 tagt die Projektgruppe „Bereitschaftspolizei“. So weit, so gut. In einer ersten Veröffentlichung im IntraPol war zu lesen, dass es um die Fortentwicklung der BePo geht und um eine Überprüfung der Organisationsstruktur – bei größtmöglicher Transparenz gegenüber den Betroffenen!

Soweit ist das auch für den geneigten Leser verständlich, hatte man doch kurz zuvor die Ergebnisse der AG Personal veröffentlicht, deren Berechnungen zunächst die sieben Flächenpräsidien betreffen. Wie weiter zu lesen ist, sind das PTLV, die HPS und das HLKA evaluiert worden. Dazu möchte der interessierte Leser nichts hinterfragen.

Gleichzeitig ist zu lesen, dass die BePo an sich nicht auf dem

Prüfstand steht – also auch die Standorte erhalten bleiben. In einer weiteren Veröffentlichung ist von Datenerhebungen die Rede, die die Grundlage für die Arbeit der Projektgruppe darstellen. Klingt logisch! Natürlich haben die Abfragen in den Abteilungen für entsprechenden Wirbel gesorgt. So ist zu lesen, dass es nach wie vor um die Organisation der BePo mit ihren Kernbereichen Einsatz und Ausbildung geht. Zu einem späteren Zeitpunkt will man sich dann den „Spezialeinheiten/Spezialisten“, die unter dem Dach der BePo organisiert sind, widmen.

Resümee: Künftig soll also die BePo folgende definierte Ziele erfüllen und dabei:

- **effektiver und effizienter den Einzeldienst unterstützen,**
- **den eigenen Einsatzwert und Ausbildungsstand steigern und**
- **die Stabs-, Querschnitts- und Serviceaufgaben optimieren.**

AG Personal

LPP Norbert Nedela stellte Ende Oktober 2006 die Ergebnisse der AG Personal vor, die eine „belastungsgerechtere Verteilung“ des Personals der Polizei in den sieben Flächenpräsidien erarbeitet hatte. Zur Umsetzung des Ergebnisses greift man auf die Bereitschaftspolizei als „Personalreserve“ zurück. So werden im Jahr 2007 genau 114 Stellen den Präsidien Mittelhessens und Südosthessens zugeschlagen. Zum Februar und August 2007 gehen je 48 Stellen nach Mittelhessen und 9 nach Südosthessen. Und dies zusätzlich zu den bekannten Versetzungsterminen.

Zitat aus der Pressemeldung LPP: „Die Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen und ganz praktische Erwägungen führten zu der Entscheidung, dass kein Poli-

zeipräsidium Stellen abgeben wird. Vielmehr behalten die Polizeipräsidien ihre sehr gute Personalausstattung.“

Demnach sind die Flächenpräsidien, die nach den Berechnungen der AG Personal zu viel Personal haben, nicht von einer Personalabgabe betroffen. Die Bereitschaftspolizei verfügte Ende Oktober 2006 noch über einen geringen Personalüberhang nach dem Verwaltungsabkommen. Parallel dazu gab es über 200 Dauerabordnungen, die selbstverständlich **nicht** in die Berechnungen der AG Personal mit eingeflossen sind. Hinzu kommen noch 21 Stellenstreichungen durch die PVS.

Im Jahr 2007 wird neu gerechnet und wir befinden uns im Vorwahljahr zu den Landtagswahlen. Das in einem Vorwahljahr naturgemäß keine politisch umstrittenen Entscheidungen getroffen werden, ist selbstredend! **Werden also wieder alle landesweiten Stellenbedarfe aus dem Reservoir der hessischen Bereitschaftspolizei befriedigt werden?**

Einsatzlagen:

Was tut sich sonst in der polizeilichen Landschaft?

Es wurden zum Februar 240 Kollegen/-innen aus der BePo in den Einzeldienst versetzt. Gleichzeitig sind rund 240 Kolleginnen und Kollegen in die Flächenpräsidien abgeordnet. Nur 41 Studierende verstärken die BePo.

Spürbare Folgen sind Reduzierungen der Einsatzeinheiten von 17 auf aktuell 12.

Legt man die oben beschriebenen Personalreduzierungen im Bereich der BePo zu Grunde, kann man feststellen, dass die

anstehenden personalintensiven Einsätze wohl nicht in Gänze mit den verbleibenden HBP-Kräften bewältigt werden können. Bereits das EU-Verteidigungsministertreffen Anfang März in Wiesbaden wird dem Einzeldienst eine große Anzahl an Einsatzkräften abverlangen, ganz zu schweigen von der länderübergreifenden Lage „G-8-Gipfel“ in Mecklenburg-Vorpommern im Juni.

Die bereits für den „G-8-Gipfel“ ausgesprochene Urlaubssperre innerhalb der BePo kommt einer personellen Bankrotterklärung gleich. Obwohl man hört, dass die Beschäftigten der BePo unisono und ohne Ausnahme bereit sind, diesen Einsatz zu fahren. Auch ohne Urlaubssperre. Insbesondere in dem Zeitraum, in dem die Kräfte der BePo nicht verfügbar sein werden, wird einiges an zusätzlicher Arbeit auf die Alarmhundertschaften des Einzeldienstes zukommen.

Zumindest sollen die Alarmhundertschaften, zusätzlich zu den Regeldiensten mögliche landesweite Einsatzlagen abdecken. Dabei wird angesichts der ohnehin schon schmalen Personaldecke der Polizeipräsidien in Kauf genommen, dass Polizeistationen und -reviere während der Einsatzphasen personell zusätzlich ausgedünnt sein werden.

Größere Einsatzlagen, die sich über Tage oder gar Wochen erstrecken, werden sich zudem nicht unbedingt motivationsfördernd auswirken.

Die Einbindung von Alarmhundertschaften kann die Ausnahme, nicht jedoch die Regel des polizeilichen Alltags sein.

GdP



Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

GdP-DEMO BEIM POLIZEIEMPFANG

GdP prangert verfehlte Personalpolitik an!

Innenminister bezeichnet Polizeigewerkschafter als Krawallmacher!

Es ist höchste Zeit, auf die verfehlte Personalpolitik der CDU-Landesregierung hinzuweisen. Seit Ministerpräsident Roland Koch aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ausgetreten ist und Tarifverhandlungen in Hessen kein Thema mehr sind, wird die Stimmung bei den Landesbeschäftigten immer schlechter. Hinzu kommt noch, dass die Wochenarbeitszeit der Beamten/-innen auf bis zu 42 Stunden erhöht wurde. Tarifbeschäftigte, die entweder neu eingestellt werden oder deren Arbeitsvertrag sich ändert, müssen dies ebenfalls zwingend akzeptieren. Die Arbeitszeiterhöhung ohne Lohn-/Gehaltsausgleich und die sonstigen Streichungen bedeuten ein sattes Minus von 17 Prozent im Portemonnaie des Arbeitnehmers.



Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller während seiner kämpferischen Rede.

Bedenkt man, dass im gleichen Umfang Arbeitszeit erhöht wie Stellen in der Landesverwaltung gestrichen wurden, kann man sich ausmalen, welche Lücken die Personalstreichungen hinterlassen haben bzw. werden! Diese Personalreduzierung und viele zusätzliche Sonderaufgaben wie Landesaktions- und Kontrolltage belasten die Beschäftigten umso mehr, da jeder Einzelne dadurch deutlich mehr Tage zusätzlich Dienst versieht. Hinzu kommen Großereignisse wie die Fußballweltmeisterschaft, die Sicherheitskonfe-



Interessierte Teilnehmer

renz in München, der Bush-Besuch oder der bevorstehende G-8-Gipfel in Heiligendamm, die unzählige Einsatzstunden bedeuten und den Überstundenberg immens anwachsen lassen.

Aber auch die normale Alltagsarbeit auf den Heimatdienststellen belastet die Polizeibeschäftigten immer mehr. Neue Kriminalitätsformen, wie die Computer- und Betrugskriminalität, Aufmärsche von rechten und linken Gruppierungen und viele Präventionsprojekte, die mit Leben gefüllt werden müssen, zehren an den Kräften der Beschäftigten. Gleichzeitig sind auf den Revieren, Stationen und Kommissariaten immer weniger Polizeibeschäftigte vorhanden.

Dass die Polizeibeschäftigten bereit sind, die Einsatzlagen wie die Fußballweltmeisterschaft, zu bewältigen, ist selbstverständlich. Aber die dadurch entstehenden abertausenden Überstunden müssen den Beschäftigten finanziell vergütet werden, da der Freizeitausgleich fast unmöglich geworden ist. Zusätzliche Haushaltsmittel müssen also bereitgestellt werden.

Unter den o. g. Rahmenbedingungen ist den Polizeibeschäftigten die Lust auf wohlklingende Worte beim Polizeiempfang vergangen. Immer mehr Kollegen/-innen wollen dem Empfang fernbleiben, um so ihren Protest gegen die verfehlte Personalpolitik der

Landesregierung zu zeigen. In einem solchen Stadium ist es für eine Gewerkschaft geboten, den stillen Protest der Beschäftigten in die Öffentlichkeit zu bringen. Nur so kann man dieser Landesregierung ihre verfehlte Personalpolitik bewusst machen.

Rund 400 Polizeibeschäftigte, die von einer kleinen Abordnung anderer DGB-Gewerkschaften unterstützt wurden, kamen nach Baunatal, um Innenminister Bouffier und Ministerpräsidenten Roland Koch zu zeigen, dass ihre verfehlte Personalpolitik keinen Zuspruch bei den Beschäftigten findet und man keine Lust auf markige Lobeshymnen hat.

Erstaunt waren viele Gewerkschafter darüber, dass der Kasseler Polizeipräsident ein Großaufgebot an Polizeikräften an der Stadthalle in Baunatal eingesetzt hatte, um gegen mögliche Ausschreitungen der „Krawallmacher“, wie Innenminister Bouffier die demonstrierenden Gewerkschafter bezeichnete, gewappnet zu sein. Auch die im Rathaus aufgestellte Videokamera überraschte ob der Aufregtheit im Vorfeld der GdP-Demo niemanden mehr.



Michael Messer aus Westhessen

Hauptredner in Baunatal war GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller. Er machte deutlich,

Fortsetzung auf Seite 4

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Hunderte von Euch werden heute beim traditionellen Polizeiempfang der hessischen Landesregierung gegen die Politik des Ministerpräsidenten Roland Koch und seines Innenministers Volker Bouffier demonstrieren: Eine Politik, die die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes Hessen aus der bewährten Tarifgemeinschaft der Länder geführt hat, eine Politik, die den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den neu geschlossenen Tarifvertrag der Länder vorenthält und eine Politik, die den Beschäftigten nur Einmalzahlungen anbietet, die eher an Almosen erinnern als an angemessene Gehaltszuwächse. (...)
Vor allem aber stehen wir mit Euch Schulter an Schulter für die schnelle Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft und die Übertragung des Tarifvertrages der Länder auf die Beamtinnen und Beamten. Es muss Schluss sein mit dem falschen Weg, der Polizistinnen und Polizisten in Hessen seit Jahren von der Einkommensentwicklung abschneidet.
Solidaritätsadresse des GdP-Bundesvorstandes an die demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen im hessischen Baunatal*



Reges Interesse

Fortsetzung von Seite 3

dass die GdP in ihrer fast 60-jährigen Geschichte sich immer dann in der Öffentlichkeit kritisch geäußert hat, wenn dies geboten war.

Von den Polizeibeschäftigten wird immer mehr abverlangt; Überstunden sind an der Tagesordnung und die dadurch bestehenden Belastungen in den Familien lassen immer mehr „Schutzmanns-Ehen“ zerbrechen.



Großes Medieninteresse: Jörg Bruchmüller steht „Radio FFH“ Rede und Antwort.

Die Landtagswahlen sind nicht mehr allzu weit – man spürt es nicht nur bei diesem Polizeiempfang, sondern schon seit den letzten Wochen und Monaten. Da werden im Lande Hessen, so auch jüngst in Kassel, neue Streifenwagen auf Marktplätzen mit mächtigem Show- und Medienrummel präsentiert und man suggeriert den Bürgerinnen und Bürgern, bei der Polizei sei alles bestens. **Bei unserer Personalknappheit ist es schon ein starkes Stück, nach meiner Auffassung auch ein Missbrauch, wenn Polizisten während ihrer Dienstzeit Streifenwagen zu Medienschauplätzen fahren, dort für Wahlkampfpurposes Parade stehen**

und anschließend die Streifenwagen wieder zurückbringen. In dieser Zeit hätten unsere Kolleginnen und Kollegen sicherlich besseres zu tun, nämlich Dienstleistung am Bürger, anstatt für die Parteipolitik zu repräsentieren, stellte Bruchmüller unter tosendem Beifall der Gewerkschafter fest.

Die Krönung ist allerdings, wenn man das bloße Tagesgeschäft, die Ersatzbeschaffung von Autos und Computern, weil sie eben in die Jahre gekommen sind, als zusätzliche finanzielle Leistung und als etwas Besonderes darstellt. Offensichtlich glauben un-

sere Politiker, wir könnten keine Haushaltspläne lesen. Jedes Jahr werden dem Personalhaushalt ca. 30 bis 40 Millionen Euro entzogen und teilweise dem Sachhaushalt zugeführt, damit unser Fuhrpark nicht veraltet.

Also kein zusätzliches Geld für Technik, sondern Technik statt Personal heißt die relativ flache Formel. Auch im Polizeihaushalt 2007 wird gleich einmal eine 3,1-Mio.-Euro-Rate abgezogen für gepumptes Geld von Dienstfahrzeugen aus dem Topf der Zukunftsoffensive Hessen.

Durch die „Operation sichere Zukunft“ würden und werden rund 1000 Stellen bei der Polizei wegfallen. Viele Stellen sind unterwertig besetzt. Die Folge ist uns allen bekannt: zwei Millionen Überstunden, Arbeitsverdichtung, Demotivation, schlechtes Betriebsklima und keine Zeit mehr für unsere Bürger, d. h. längere Wartezeiten bei der Verkehrsunfallaufnahme und bei der Anzeigenerstattung.

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben einen Anspruch auf ausreichend Sicherheit, und dies kann nur durch eine pro-

fessionelle und gut ausgebildete Polizei funktionieren.

Wann werden einige Politiker begreifen, dass innere Sicherheit genauso wie Bildung keine billige Ware ist, die man betriebswirtschaftlichen Maßstäben rigoros unterwirft. Wir haben durchaus verstanden, dass die öffentliche Haushaltslage nicht zum Besten bestellt ist. Auch wir haben unseren Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Haushalte seit Jahren geleistet, vielleicht mehr als viele andere.



Forderungen der Bereitschaftspolizei.

Jetzt erst recht

Was hat Landespolizeipräsident Norbert Nedela eigentlich für ein Bild von den nordhessischen Polizisten? Diese Frage muss man sich stellen, wenn man seine Ansprache an die Mitarbeiter liest. Er schreibt, dass das Ansehen der Polizei Schaden nimmt, wenn Polizisten eine Veranstaltung vor ihren eigenen Kollegen schützen müssen. Nedela geht offenbar davon aus, dass Polizisten, die sich zur Teilnahme an der heutigen Demo entschieden haben, auf ihre Kollegen losgehen. Das kann niemand ernsthaft glauben.

Es ist legitim, darüber zu streiten, ob eine Ehrung für die Arbeit der Polizei als Anlass für eine Demonstration der Polizeigewerkschaft genommen werden soll. Natürlich ist es für Ministerpräsident Roland Koch und Innenminister Volker Bouffier angenehmer, bei einer Veranstaltung aufzutreten, bei der es nur schöne Worte und keinen Protest gibt. Die Realität sieht aber anders aus.

Der Landespolizeipräsident und damit auch die Landesregierung haben sich mit dem Schreiben einen Bärendienst erwiesen. Es ist davon auszugehen, dass jene Polizisten, die sich bislang noch nicht sicher waren, ob sie heute auch demonstrieren, jetzt erst recht auf die Straße gehen.

Und noch etwas: Das Gros der Bürger wird dafür Verständnis haben. Wir brauchen und wollen eine selbstbewusste Polizei. Und die braucht keine Ermahnung, auf ihre demokratischen Grundrechte zu verzichten.

Ulrike Pflüger-Scherb über den Brief des Landespolizeipräsidenten, HNA 13. Februar 2007

Statt einer leistungsgerechten Anhebung in der Besoldung wurde unseren Beamtinnen und Beamten ein beschämendes Almosen einer Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro verordnet.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Politik, durch die Beamte gegen Tarifbeschäftigte auf diese schäbige Art und Weise ausgespielt werden“, forderte Jörg Bruchmüller. Wir wollen faire Verhandlungen für gerechte Arbeitsbedingungen und gerechten Lohn und gerechtes Gehalt. Wir wollen endlich einen Stellenplan, der zukunftsorientiert ist und einer leistungsgerechten und modernen Struktur mit entsprechenden Stellenplanobergrenzen gerecht wird. Wir wollen ausreichend qualifiziertes Personal und keine Laientruppe für sieben Euro. Nicht mehr und nicht weniger!

Jörg Bruchmüller fordert die Polizistinnen und Polizisten auf: „Sprecht mit den Bürgerinnen und Bürgern. Sprecht mit den Politikerinnen und Politikern, denn Wahltag ist Zahntag!“

Info-Veranstaltungen zum TVöD/TV-L

Mitte Januar fand an der Polzeischule die erste von drei Informationsveranstaltungen der hessischen GdP zum Thema „Der neue TVöD/TV-L und die Auswirkungen auf die Beschäftigten“ statt. Die weiteren Tarifveranstaltungen waren in Kassel und Gießen. Neben zahlreichen Tarifbeschäftigten war auch eine große Zahl interessierter Beamte gekommen.

Warum es eine Informationsveranstaltung zum neuen Tarif-



Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller eröffnete die Info-Veranstaltungen und gab einen aktuellen gewerkschaftspolitischen Bericht ab.

vertragswerk gab, obwohl für die Landesverwaltung weiterhin der BAT gilt, fragten sich viele. Eine Vielzahl von GdP-Mitgliedern ist in kommunalen Bereichen beschäftigt, die bereits nach dem neuen Tarifwerk eingruppiert sind. Gleichwohl zeigte sich, dass der Informationsbedarf groß ist, zumal davon auszugehen ist, dass über kurz oder lang der TVöD/TV-L auch im Landesbereich Anwendung finden wird. Dies ist ebenfalls eine zentrale Forderung der hessischen ÖD-Gewerkschaften.

Ein weiterer Aspekt der Informationsveranstaltung ist es, den Beschäftigten aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Nichtanwendung des TVöD/TV-L für die Beschäftigten hat. Von Sta-

tus quo kann keine Rede mehr sein. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern, die das neue Tarifwerk eingeführt haben, verlieren die hessischen Tarifbeschäftigten des Landes Monat für Monat bares Geld.

Die Informationsveranstaltungen wurden vom Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller mit einem tarifpolitischen Situationsbericht eröffnet.

Im Anschluss daran referierte Erika Büttner, die Tarifvertreterin im GdP-Landesvorstand. Zunächst gab sie einen kurzen Rückblick über die Vorgeschichte und warum der TVöD überhaupt erarbeitet wurde.

Den Großteil ihrer Ausführungen behandelte die Gegenüberstellung der beiden Tarifvertragswerke und verglich inhaltlich TVöD und BAT miteinander.

Was sich auf den ersten Blick „trocken“ anhört, kann auch interessant sein. Dass, wenn der TVöD/TV-L im Landesbereich Anwendung finden sollte, wird es bei der Entlohnung keine Lebensalterstufen mehr geben.



Die stellvertretende Landesvorsitzende Erika Büttner referierte über den neuen TVöD/TV-L.

Ebenso wird man vergeblich die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten suchen. Es wird dann nur noch Beschäftigte geben. Ein weiterer wichtiger



Reges Interesse fanden die Tarifveranstaltungen bei den GdP-Mitgliedern. Weit über 200 Teilnehmer besuchten die Veranstaltungen in Gießen, Kassel und Wiesbaden.

Baustein des neuen Tarifvertragswerkes ist die Zusammenfassung der Vergütungsgruppen, Ortszuschläge und allgemeine Zulagen zu Entgeltgruppen. Ebenso gibt es dann keinen Bewährungsaufstieg mehr.

Erika Büttner erläuterte, dass der TVöD, der für Kommunen und den Bund gilt, den Rahmen für den TV-L, darstellt. So wurde eine allseits bekannte „Schwachstelle“ des BAT, die Haftungsfrage im neuen TV-L zugunsten der Beschäftigten geregelt.

Leider kann man nicht mehr von einem einheitlichen Tarifvertrag sprechen. Jedes Bundesland hat mittlerweile eine eigene Wochenarbeitszeit und auch die Bezahlung ist, wie schon im BAT, nicht überall miteinander vergleichbar.

Die Frage nach Einmalzahlungen und prozentualen Tarifierhöhungen bedarf dann der intensiven Verhandlung mit dem Land Hessen. Für die Gewerkschaften steht eines bereits jetzt schon fest: **Eine Schlechterstellung darf es nicht geben.**

Nach dem Vortrag von Erika Büttner war bei den insgesamt weit über 200 Teilnehmern riesiger Diskussionsbedarf. Da viele Fragen derart in die Tiefe gingen, konnten diese nicht im gebotenen Umfang beantwortet werden. Es wäre dann zum Fachdialog zwischen Tarifexperten gekommen, den viele der Anwesenden letztendlich mehr verwirrt als informiert hätte.

Dass solche Veranstaltungen fortgeführt werden müssen, versteht sich von selbst, damit auch detaillierte Fragen umfassend beantwortet werden.

GdP Hessen

Wie ein zukünftiger Tarifvertrag für Hessen aussehen soll, darüber besteht Einigkeit: der Tarifvertrag muss an den TV-L angelehnt werden.

Es mangelt an sozialer Gerechtigkeit

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, Hauptredner beim Neujahrsempfang der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main

„Wir haben viel erreicht. Doch noch immer mangelt es in unserer sozialstaatlich verfassten Demokratie an sozialer Gerechtigkeit. Sie ist Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde. Und ohne die Würde des einzelnen Menschen gibt es keine freie Gesellschaft“. Mit diesen Worten umriss Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei und Hauptredner beim Neujahrsempfang 2007 der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, die Wichtigkeit von Gewerkschaften in heutiger Zeit als Garanten sozialer Gerechtigkeit. „Ein Staat, der sich nicht durch Gerechtigkeit definiert, ist nichts anderes als eine Räuberbande“, zitierte er Papst Benedikt XII. Hier habe er die Gewerkschaften auf seiner Seite. Sie stünden mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht alleine auf weiter Flur, wie eine Studie der Uni Frankfurt ergeben habe. Achtzig Prozent der Bevölkerung teilten die Wahrnehmung, dass die soziale Gerechtigkeit in jüngster Zeit abgenommen habe. Sie seien der Ansicht, dass die Einkommensunterschiede in Deutschland zu groß seien. Menschen müssten bekommen,



Mehr als voll besetzt war das DGB-Haus beim Neujahrsempfang, am linken Tisch vorne Sibylle Perrot, PR-Vorsitzende beim PP Frankfurt, und Jörg Bruchmüller, GdP-Landesvorsitzender. Fotos: NW

was sie zum Leben brauchen – „auch wenn es Umverteilung bedeutet“.

Konrad Freiberg rechnete in seiner Rede mit der verfehlten Politik der vergangenen Jahre ab. Die Menschen hätten kein Vertrauen mehr in die Politik, weil sie zu viele Probleme zu lange ausgesessen habe. Er machte zwar deutlich, dass die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren in einer Krise gesteckt habe, etwa durch wirtschaftliche Stagnation, Arbeitslosigkeit, Probleme bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, verhehlte aber auch nicht die verschlechterte Situation der Beschäftigten. Insbesondere bei den Arbeitsbedingungen seien eine zunehmende Leistungsverdichtung,

ein erhöhter Wettbewerbsdruck, längere Arbeitszeiten und die Zunahme von Mehrarbeit feststellbar. Mit 2448 Euro im Monat verdiene ein durchschnittlicher Vollzeit-Beschäftigter heute, inflationsbereinigt, weniger als im Jahr 1998. Seit der Wiedervereinigung sei das Realeinkommen um mehr als fünf Prozent gesunken. Weitere Abstriche bei Renten und Pensionen, höhere Kosten für die Gesundheitsvorsorge, die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Streichung traditionell arbeitnehmerfreundlicher Regelungen wie etwa die Entfernungspauschale kämen hinzu. Benzin, Energie und Essen werde teurer. Mittlerweile könnten manche Menschen mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen.

Im Gegensatz dazu, so prangerte Freiberg an, hätten sich in den vergangenen acht Jahren die Einkommen der Vorstände in den 30 größten deutschen Unternehmen verdoppelt. Sie lägen im Schnitt bei 200 000 Euro pro Monat. Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann verdiene nach eigenen Angaben 1,5 Millionen Euro im Monat. „Damit kann man 600 Polizisten/-innen bezahlen. Soviel Leistung kann der gar nicht bringen“, stellte Konrad Freiberg unter dem Beifall der Anwesenden fest. Die Konzerngewinne stiegen, die Reichen würden immer reicher. „Auf die vermögendsten zehn Prozent aller Haushalte entfallen rund 47 Prozent des gesam-

ten privaten Nettovermögens in der BRD“, so der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Das US-Magazin Forbes spreche von 55 Milliarden in Deutschland. Alleine die zehn Reichsten verfügten über 100 Milliarden US-Dollar.

Während dem reichsten Zehntel der Bevölkerung fast die Hälfte des Vermögens gehöre, entfielen auf die unteren 50 Prozent der Haushalte gerade noch rund vier Prozent. Dazu der Armutsbericht der Bundesregierung: „Festzustellen ist ein Trend zunehmender (...) Ungleichheit, die vor allem auf die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung geringen Umfangs zurückgeführt werden kann. Dieser Trend bleibt in abgeschwächter Form allerdings auch bestehen, wenn nur Vollzeitentgelte betrachtet werden“.

Das Armutsrisiko werde immer größer, immer mehr Menschen müssten von weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens pro Monat leben, also von weniger als 938 Euro. Das größte Armutsrisiko trügen Kinder und junge Menschen unter 18 Jahren. Sie stellten mit über einer Million die größte Gruppe von Sozialhilfebezieher.

Die Gewerkschaft der Polizei ist nach Freibergs Ansicht eine Art Seismograph, der schon länger das Auseinanderdriften der Gesellschaft bemerkt habe. „Hoffnungslosigkeit und soziale Verwahrlosung sind immer häufiger anzutreffen. Gewalt und



Am Promitisch beim Neujahrsempfang 2007 des DGB, Region Frankfurt-Rhein-Main, v. l., Konrad Freiberg (GdP-Vorsitzender), Dr. Raban Tilman (katholischer Stadtdekan), Andrea Ypsilanti (SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2008), Stefan Körzell (DGB-Vorsitzender Hessen-Thüringen) und Franz Frey (SPD-Kandidat für die OB-Wahl in Frankfurt).

GdP AKTUELL

Alkoholismus prägen vor allem in Großstädten ganze Stadtteile“. Das Problem der Integration ausländischer Mitbürger dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Der Deliktsbereich gefährliche und schwere Körperverletzung habe in den vergangenen zehn Jahren um 45 Prozent zugenommen. Besonders alarmierend sei, dass die Hälfte dieser Gewalttäter und auch der Opfer junge Menschen seien. Die Auflösung sozialer Strukturen sei ein deutliches Signal für eine gesellschaftliche Fehlentwicklung.

Konrad Freiberg ging auf den zunehmenden Rechtsextremismus und rechtsradikale Gewalt ein, auf die Perspektivlosigkeit von Menschen, vor allem in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands. Dort habe die Rechte mittlerweile auch wieder eine parlamentarische Stimme. Parteien wie SPD und CDU seien dort in weiten Bereichen

nicht existent. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus sei ein Problem aller Menschen. Das gehe nicht nur mit Parteitagsbeschlüssen. Den islamistischen Terrorismus, auch in Deutschland, bezeichnete er als die größte sicherheitspolitische Herausforderung. Mit polizeilichen und militärischen Mitteln könne der nicht besiegt werden. Das gehe nur mit einer geistig-politischen Auseinandersetzung mit seinen Ursachen.

Um Anschläge zu verhindern, würden Augen und Ohren auf den Straßen und in den Hinterhöfen benötigt. Die Polizeipräsenz müsse erhöht und der Personalabbau gestoppt werden. Die Polizei habe gute Arbeit geleistet. Man solle sie arbeiten lassen und nicht weiter Personal abbauen – und schon gar nicht ersetzen durch freiwillige Polizeihelfer wie in Hessen, forderte er unter dem Beifall der Versammelten. Das Kostenargument

könne nicht gelten. Nicht alle staatlichen Leistungen ließen sich an Effizienzkriterien messen, wisse die Polizei. Prävention entziehe sich einer klassischen Kosten-Nutzen-Rechnung. Polizeiliche Dienstleistung dürfe man nicht als reine Kostengröße sehen. „Ist die Politik in ihren Abläufen effizient“, fragte er? Die Haushaltsmisere sei keine Frage der Personalkosten. Seit 1990 seien im öffentlichen Dienst 1,4 Millionen Arbeitsplätze abgebaut, die Arbeitszeit erhöht und die Einkommen gekürzt worden.

Den Gewerkschaften riet er, einem Ratschlag des Soziologen Prof. Oskar Negt zu folgen: „Da die neoliberale betriebswirtschaftlich orientierte Effizienz-Argumentation alle Bereiche der Gesellschaft erfasst, müssen die Gewerkschaften ihre Handlungsfelder ausdehnen und ihr Mandat über die Verteidigung reiner Arbeitsplatzinteressen

hinaus erweitern“. Damit schlug Freiberg den Bogen zum Anfang seiner Rede. „Die Bestimmung einer sozialstaatlich verfassten Demokratie ist es, ein soziales Netz für alle Mitglieder der Gesellschaft zu garantieren, einen gerechten sozialen Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen herzustellen, für gleiche Chancen zur Teilnahme und Teilhabe am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben zu sorgen. Diesen Prozess des Ausgleichs von Interessen im Sinne der Arbeitnehmer/-innen und aller, die Arbeit suchen, mitzugestalten, ist Aufgabe der Gewerkschaften. Und dafür werden wir dringend gebraucht“!

Seinen Vortrag schloss er mit einem Mut machenden Zitat von Mahatma Gandhi: „Erst ignorieren sie dich, dann machen sie sich über dich lustig, dann kämpfen sie gegen dich und dann siegst du“.

Norbert Weinbach

BEPO MÜHLHEIM

Langjährige Mitglieder geehrt

Vorsitzender Stefan Ritter begrüßte beim traditionellen Seniorentreffen am 9. November des vergangenen Jahres zahlreiche Senioren der Kreisgruppe und als Ehrengäste den Abteilungsleiter der III. BPA, PD Hans Knapp, sowie den Personalratsvorsitzenden Roland Kramer.

Zu Beginn der Veranstaltung berichteten der Leiter der III. BPA und der Personalratsvorsitzende in ihren Grußworten über personelle und organisatorische Veränderungen in der Dienststelle und der Behörde.

Anschließend gab der Vorsitzende der Kreisgruppe Stefan Ritter einen Rückblick über die

Einsatzschwerpunkte und die Kreisgruppenarbeit des vergangenen Jahres.

Detlef Otto erläuterte die gewerkschaftspolitische Situation in Hessen, die alles andere als erfreulich ist. Der stellvertretende

Landesseniorenvorsitzende, Gerhard Lehmann, informierte über die letzten Aktivitäten des Landesseniorenvorstandes.

Die Ehrung langjähriger Mitglieder nahm indes auch einen breiten Raum ein. Gemeinsam ehrten Stefan Ritter und Detlef Otto für 50-jährige Mitglied-

schaft die Kollegen Herbert Hoffmann und Wolf-Dieter Gossing. Beide hatten in ihren aktiven Dienstzeiten leitende Funktionen inne und sind ihrer Gewerkschaft bis heute treu geblieben.

Detlef Otto Mühlheim



Kreisgruppenvorsitzender Stefan Ritter überreicht Herbert Hoffmann (rechts) die Ehrennadel zum Gewerkschaftsjubiläum.



Wolf Dieter Gossing und BZG-Vorsitzender Detlef Otto

PAL 59e feierte 40-jähriges in der Mudra



V. l.: Erich Nothacker, Michael Messer, Wilfried Apel, Helmut Bollerhey, Manfred Holzapfel, Lothar Birke, Reinhold Haag, Hans-Georg Rüffer, Erich Wagner, Karl-Heinz Zimmer, Wilfried Palcei, Hans-Dieter Tatulinski, Detlev Sommerfeldt, Rainer Wolf, Lothar Henke, Dieter Knöbel, Jürgen Genge, Günter Vogl, Helmut Döring, Friedrich Kniest, Dieter Hofmann und Gerhard Hoyer

Am 2. 1. 1967 fuhren 93 junge Männer, darunter 83 männliche Jugendliche der Jahrgänge 1949 und 1950, nach Wiesbaden. Erstmals wurden so junge Menschen, die Polizeibeamte werden wollten, in die Hessische Bereitschaftspolizei einberufen. Hinter ihrem noch schmalen Rücken wurden sie auch als „Baby-PAL“ bezeichnet.

Die erste Bekanntschaft mit unserer Landeshauptstadt und künftigen Ausbildungsort war der Hauptbahnhof. Hier wurden wir mit Gruppenwagen der Bereitschaftspolizei abgeholt und

in die Mudra-Kaserne gefahren. Aus der Sicht eines Nordhessen war alles neu und anders als bei Müttern zu Hause. Die Ahle Worscht, die gute Luft und der gewohnte Slang fehlten. Stattdessen gab es Mehrbettzimmer, Drill und gewöhnungsbedürftiges Essen, dieses allerdings war an Tagen von Aufnahmeprüfungen erstaunlicherweise gut. Wir lebten uns ein und erlitten auf dem Sport- und Drillplatz trotz Dyckerhoff nicht die befürchtete Zementstaublung.

Gerade mal das Grundjahr hinter uns gebracht, wurden wir

mit einer bis dahin nicht gekannten polizeilichen Wirklichkeit konfrontiert. In Uniform, Schirmmütze und Regenmantel ging's plötzlich zu Demonstrationen nach Frankfurt. Wir schützten uns wie Penner mit Zeitungen gegen die Kälte. Die GdP sorgte für heißen Tee. Viele geplante Heimfahrten mussten ausfallen und sei es, weil man den von Farbbeutelresten im Einsatz verschmutzten geriffelten Regenmantel nicht rechtzeitig zum Appell vollständig sauberbekommen hatte. Die Stubenappelle waren reine Lotteriespiele. So mussten wir uns schon nach kurzer Dienstzeit an einen realistischen Polizeidienst gewöhnen. Aber, alles in allem betrachtet, hat uns die damalige Art der Ausbildung nicht unbedingt geschadet. Was wir damals auch noch nicht wussten: RAF und Co. sowie Startbahn standen uns noch bevor.

Leider haben nicht alle von uns die 40 Jahre Polizeidienst gut überstanden. Kündigungen, Krankheiten und Todesfälle senkten die Zahl der Aktiven auf derzeit 42. Auf Einladung von Gerhard Hoyer trafen wir

uns – fast auf den Tag genau – am 19. Januar 2007 zu einer zünftigen 40-Jahre-Feier. Ein Button (Passbild aus 1967 mit Vor- und Zuname) war die Eintrittsbezeichnung. Leider waren einige verhindert oder haben sich erst gar nicht gemeldet.

In einem schön dekorierten, großen Raum lachten uns Appetithäppchen geradezu an und verlangten nach Verzehr. Tags zuvor wütete Orkan Kyrill über Deutschland. Hartmut Kiesser, der mit der DB aus seinem Dienort Magdeburg anreiste, hatte auch unter den Folgen zu leiden.

Bei „einem“ Bierchen wurde geschnuddelt und geschnuddelt – nur unterbrochen durch ein gutes warmes Essen. Wie schon das letzte Mal, brachte Erich Wagner eigenen PAL 59e Spätburgunder mit. Erich, eine schöne Geste!

Am frühen Morgen des 20. ging's in alte Zimmer und Betten. Die Schlafräume hatten uns nun auch tatsächlich wieder 40 Jahre zurückversetzt und somit war die Zeitreise komplett gelungen.

Erich Nothacker

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Thomas Quantz
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Hans-Jörg Hofmann
Bernhard Stenzel
Josef Dietl
Kreisgruppe PAST Wiesbaden
Hans Jürgen Ohlwein
Manfred Nemeth
Siegfried Harle
Wolfgang Kaiser
Karl-Heinz Wolf
Uwe Müller
Wolfgang Grauel
Hans Joachim Bock
Hans-Rainer Straetz
Jörg Gauck

Roland Endler
Siglinde Jahnke
Willy Rieb
Kreisgruppe Kassel
Hans-Peter Saurwein
Elmar Klapproth
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.
Jürgen Eckert
Harald Mattke
Paul Schiolko
Kreisgruppe HBP Lich
Hans Günther Paul
Reinhardt Wufka
Kreisgruppe Darmstadt

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Jürgen Kasper
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Dieter Gaidies

Helmut Ruhl
Kreisgruppe Büdingen
Edwin Großmann
Eduard Zuckrigl
Hartmut Bix

Manfred Simons
Egon Kugelstadt
Werner Scheid
Hans Ringeisen
Kreisgruppe PAST Wiesbaden

ES VERSTARBEN

Walter Krämer
Ruth Heinrich
Heinz-Jürgen Pientka
Bezirksgruppe
Frankfurt a. M.
Anni Dörmeier
Kreisgruppe Kassel

Konrad Weber
Kreisgruppe
Marburg-Biedenkopf
Hans-Werner Gerlach
Kreisgruppe
Gießen-Wetzlar

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.